

Positionen der Vertragszahnärzteschaft zu den Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und FDP

Die Mundgesundheits ist für die Allgemeingesundheit von großer Bedeutung und die zahnärztliche Versorgung ein fester Bestandteil unserer Daseinsvorsorge. Mit Blick auf die kommenden vier Jahre gilt es daher, den präventionsorientierten Erfolgsweg bei der Mundgesundheit kontinuierlich weiterzugehen und die Versorgung in ganz Deutschland – ob in der Stadt oder auf dem Land – gleichwertig sicherzustellen, sodass die Menschen unabhängig von ihrem Wohnort und ihrem sozialen Status Zugang zur zahnmedizinischen Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt haben.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die KZBV, dass SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bereits im Sondierungspapier festgehalten haben, Prävention und Vorsorge zum gesundheitspolitischen „Leitprinzip“ ihrer Regierungsarbeit zu erheben und für eine gute, verlässliche Gesundheitsversorgung „überall in Deutschland“ Sorge zu tragen. Auch die klare Aussage zum Erhalt des dualen Systems aus GKV und PKV sehen wir als eine positive Botschaft.

Ausgehend von ihrer Agenda Mundgesundheits 2021-2025 macht die KZBV konkretisierende Vorschläge, um die flächendeckende und qualitativ hochwertige zahnärztliche Versorgung zukunftsfest zu gestalten. Freiberuflichkeit und Selbstverwaltung sind die Eckpfeiler unseres Gesundheitswesens. Diese zu erhalten und zu stärken sollte die Richtschnur politischen Handelns sein. Weiteren dringenden Handlungsbedarf für eine künftige Bundesregierung sehen wir insbesondere auf folgenden **drei Themenfeldern**:

1. Prävention und Versorgung vulnerabler Gruppen

Deutschland belegt bei der Mundgesundheits im internationalen Vergleich seit Jahren einen Spitzenplatz. Das ist ein wesentliches Ergebnis der präventionsorientierten Ausrichtung der Zahnheilkunde. Ziel ist es, dass Menschen auch bei wachsender Lebenserwartung ihre natürlichen Zähne und damit ein hohes Maß an Lebensqualität behalten können. Besondere Aufmerksamkeit muss dabei weiterhin der Versorgungsbedarf vulnerabler Gruppen, von Kleinkindern, von älteren Menschen, von Pflegebedürftigen und von Menschen mit Behinderungen erfahren.

Wichtig ist: Die Präventionserfolge und die Versorgung vulnerabler Gruppen sollten verstetigt und ausgebaut werden. Hierzu bedarf es der Unterstützung der künftigen Bundesregierung, um – auf Grundlage der zahnärztlichen Präventionskonzepte und orientiert am zahnmedizinischen Fortschritt – die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

2. Digitalisierung und Entlastung der Zahnarztpraxen von Bürokratie

Digitalisierung kann die Versorgung der Menschen weiter verbessern, sichere Kommunikationswege schaffen und Bürokratieaufwand verringern. Gerade durch die Corona-Pandemie hat das Thema einen deutlichen Schub bekommen. Die Krise hat sich in gewisser Weise als „Digitalisierungsbeschleuniger“ erwiesen und aufgezeigt, wo digitale Lösungen einen konkreten Mehrwert in der Versorgung bieten können. Dazu müssen verstärkt die

zahnärztliche Berufswirklichkeit und die Belange der Anwenderinnen und Anwender in den Blick genommen werden.

Wichtig ist: Die Praxen brauchen eine stabile, störungsfreie und sichere Telematikinfrastruktur. Es sollten versorgungsorientierte Lösungen entwickelt und dabei Verwaltungs- und Bürokratieaufwand reduziert werden. Die Kosten des digitalen Transformationsprozesses müssen refinanziert werden.

3. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land – keine Vergewerblichung

Aktuell befindet sich die zahnärztliche Versorgung in Deutschland auf einem flächendeckend guten Niveau. In den kommenden Jahren zeichnen sich jedoch Versorgungsprobleme, gerade in ländlichen und strukturschwachen Räumen, ab.

Wichtig ist: Um die Versorgungsstrukturen wohnortnah und flächendeckend zu erhalten, sollte die Niederlassung von Zahnärztinnen und Zahnärzten gefördert werden. Dies gilt insbesondere für ländliche, strukturschwache Räume und erfordert verlässliche und stabile Rahmenbedingungen sowie Planungssicherheit. Zudem sollte der administrative Aufwand für die Zahnarztpraxen stärker in den Blick genommen werden – das heißt: Mehr Zeit für Patientenbehandlung statt Bürokratie.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind insbesondere dadurch gefährdet, dass Private-Equity-Gesellschaften und andere große Finanzinvestoren auch weiterhin in die vertragszahnärztliche Versorgung drängen. Mit ihrem einseitigen Fokus auf schnelle Renditemaximierung konzentrieren sie sich vor allem auf Ballungsräume sowie einkommensstarke Regionen. Diese Entwicklung ist mit erheblichen Nachteilen für die zahnmedizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten verbunden, wie eine aktuelle Studie des IGES-Institutes aufzeigt. Über den Umweg, ein Krankenhaus zu erwerben, erlangen diese Großinvestoren die gesetzliche Gründungsbefugnis für Medizinische Versorgungszentren (MVZ), die zum Aufbau von MVZ-Kettenstrukturen genutzt wird. Insbesondere leisten investorengetragene MVZ (iMVZ) keinen nennenswerten Beitrag zur Versorgung strukturschwacher Gebiete und vulnerabler Patientengruppen. Die fehlende Transparenz durch verschachtelte Eigentümer- und Beteiligungsstrukturen erschwert es der Selbstverwaltung, ihre gesetzlichen Sicherstellungsaufgaben wahrzunehmen.

Wichtig ist: Um eine wohnortnahe Versorgung in Stadt und Land sicherzustellen, muss die fortschreitende Vergewerblichung durch die Ausbreitung von investorengetragenen MVZ (iMVZ) eingedämmt werden. Insbesondere sollte die neue Bundesregierung eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung von MVZ-Registern auf Bundes- und Landesebene schaffen, um die Transparenz über iMVZ zu stärken. Dafür bedarf es einer passgenauen Fortentwicklung der bestehenden iMVZ-Regelungen für die zahnmedizinische Versorgung.

Berlin, 26. Oktober 2021

Die Agenda Mundgesundheits 2021-2025 fasst die wichtigsten gesundheitspolitischen Ziele, Daten und Fakten zusammen und zeigt konkreten Handlungsbedarf in der vertragszahnärztlichen Versorgung auf. Die Agenda ist online verfügbar unter: www.kzbv.de/agenda-mundgesundheits